



Amt für Gleichstellung

15.03.2021

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Chmielorz

Telefon: 492-1706

Chmielorz@stadt-muenster.de

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Betrifft

Gedenken an die verfolgten Homosexuellen und vergessene Opfergruppen der NS-Zeit sowie den Internationalen Tag gegen Homophobie (IDAHOT) in der Stadtgesellschaft sichtbar machen

Beratungsfolge

	Ausschuss für Gleichstellung	Vorberatung
	Kulturausschuss	Vorberatung
	Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung	Vorberatung
17.03.2021	Hauptausschuss	Vorberatung
17.03.2021	Rat	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

Der Rat beschließt, dass

1.

a)

die Stadt Münster ein Forschungsprojekt beauftragt

- zur Verfolgung homosexueller Münsteranerinnen und Münsteraner während der NS-Zeit und
- zur strafrechtlichen Belangung homosexueller Münsteranerinnen und Münsteraner und
- zur Emanzipations- und Bürger/-innenrechtsbewegung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter und queeren Menschen (LSBTIQ\*) in Münster.

b)

die Stadt Münster an die Namen der während der NS-Zeit verschleppten und getöteten homosexuellen Münsteranerinnen und Münsteraner erinnert,

c)

die Stadt Münster der nach §§175, 175a StGB strafrechtlich belangten Homosexuellen gedenkt.

1. (neu) die Stadt Münster in den kommenden Jahren die Diskriminierung, Stigmatisierung, Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen und weiteren LSBTIQ\*- Menschen sowie Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, „Euthanasie“-Opfern, Deserteuren als

auch damals als „Asoziale“ Bezeichneter und weiterer „vergessener Opfergruppen“ während des NS-Regimes (1933-45) und in den darauffolgenden Jahrzehnten historisch erforschen, aufarbeiten und der Opfer gedenken wird.

Sie deckt damit unerforschte und bislang wenig beleuchtete Schicksale von Münsteraner\*innen auf und spricht Empfehlungen aus, wie die Erkenntnisse im kollektiven Bewusstsein der münsterischen Stadtgesellschaft verankert werden können.

a) Dazu wird in einem ersten Schritt ein Forschungsprojekt (mit dem Schwerpunkt Archivarbeit) beauftragt

- zur Verfolgung von Münsteraner\*innen der oben aufgeführten Opfergruppen während der NS-Zeit
- zur strafrechtlichen Belangung homosexueller Münsteraner\*innen (§§175, 175 a StGB) und zur Emanzipations- und Bürger\*innenrechtsbewegung von LSBTIQ\*-Menschen
- zur Benachteiligung, Stigmatisierung, Diskriminierung und Emanzipation von in Münster lebenden Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, „Euthanasie“-Opfern, Deserteuren als auch damals als „Asoziale“ Bezeichneter und weiterer „vergessener Opfergruppen“ während der Nachkriegsjahrzehnte

Hierbei wird auch geprüft, in wieweit private Nachlässe zu Forschungszwecken nutzbar gemacht werden können.

b) Zur Unterstützung, Begleitung und weiterführenden Beratung des Prozesses und zur Diskussion der (Zwischen-) Ergebnisse wird eine Arbeitsgruppe wahlweise ein Runder Tisch gebildet, an der/dem die beteiligten Ämter und Einrichtungen sowie zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligt sind.

c) Die Ergebnisse werden dem Rat in einer ausführlichen schriftlichen Dokumentation bereitgestellt, die nach Abschluss dieses Forschungsprojekts für weitere öffentliche Präsentationen genutzt werden kann.

2.

~~Das Forschungsprojekt wird erweitert und arbeitet münsterische Schicksale aus weiteren bisher unerforschten und damit vergessenen Opfergruppen des Nationalsozialismus (Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Euthanasie“-Opfer, Deserteure, „Asoziale“) in Münster auf.~~

2. (neu) In einem weiterführenden zweiten Schritt werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus Punkt 1 Empfehlungen ausgesprochen, wie die Stadt Münster an die Namen homosexueller Münsteraner\*innen erinnert, die während der NS-Zeit verschleppt und getötet wurden oder nach §§ 175, 175a strafrechtlich belangt wurden.

3.

Die Stadt Münster verankert den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) in der Stadtgesellschaft und macht deutlich, dass lesbische, schwule, bisexuelle, trans, inter und queere Menschen ein selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft sind.

4. (neu) Ebenso werden Empfehlungen unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus Punkt 1 erarbeitet, wie den weiteren oben aufgeführten „vergessenen Opfergruppen“ differenziert gedacht werden kann und ihre Schicksale eine angemessene Würdigung in der Stadt, in ihrer Geschichtsschreibung und Gegenwart, erhalten können.

**5. (neu) Es wird geprüft, ob eine Zusammenarbeit mit externen Agenturen bzw. Projektlaboren im Anschluss an die Forschungsarbeit zur Entwicklung öffentlichkeitswirksamer Präsentationen und Projekte wirtschaftlich und fachlich sinnvoll sein kann.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

*Forschungsprojekt, Erinnerung und Gedenken (siehe Sachentscheidung 1. a)-c) und 2.)*

Die Sachentscheidungen sind wie folgt finanziert:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemer- kungen</b>
Produktgruppe	0406	Stadtarchiv			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2021	44.565	
	16	Sonstige ordentliche Aufwen- dungen	2021	3.000	
	11	Personalaufwendungen	2022	44.565	
	16	Sonstige ordentliche Aufwen- dungen	2022	7.500	
gesamt				99.630	

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0104	Gleichstellung aller Geschlech- ter			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwen- dungen	2022	10.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2021 bei den o.g Produktgruppen veranschlagt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2021 bzw. der mittelfristigen Ergebnisplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Die Personalaufwendungen werden im Personalbudget gedeckt.

**(neu) Für 2022 müssen zusätzliche Mittel eingestellt werden.  
Produktgruppen 0406 Stadtarchiv, 0104 Gleichstellung aller Geschlechter**

**Begründung:**

Die Verwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Anpassungen aus dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, SPD, Volt, CDU, Freie Demokraten, Die Linke und der Gruppe Die Partei / ÖDP an.

gez.

Markus Lewe

**Anlagen:**

- Antrag an den Rat Nr.: A-R/0072/2018
- Anregung von Peter Schilling (Verein Spuren finden e.V.) mit Schreiben an den Oberbürgermeister vom 15. August 2020
- Stellungnahmen des Stadtarchivs vom 21.02.2019 und Kopie des Antwortschreibens des Oberbürgermeisters an Peter Schilling vom 15. September 2020
- Änderungsantrag vom 02.03.2021, APDOS0